

Kommunal- wahlprogramm 2026

Eine bessere Welt beginnt vor Ort:
Sozial, antifaschistisch, klimagerecht
und feministisch

Die Linke

Kreisverband
Schwalm-Eder

Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort.....</u>	<u>4</u>
<u>In den Parlamenten und auf der Straße.....</u>	<u>9</u>
<u>Kommunen nicht länger im Stich lassen.....</u>	<u>10</u>
<u>Soziale Sicherheit.....</u>	<u>14</u>
<u>Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im Alter.....</u>	<u>15</u>
<u>Selbstbestimmt leben.....</u>	<u>17</u>
<u>Armutsbekämpfung.....</u>	<u>19</u>
<u>Antifaschismus ist gemeinnützig.....</u>	<u>21</u>
<u>Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft.....</u>	<u>23</u>
<u>Zeit für linken Feminismus.....</u>	<u>26</u>
<u>Vielfalt braucht Sicherheit.....</u>	<u>29</u>
<u>Gesundheit ist keine Ware.....</u>	<u>30</u>
<u>Für eine solidarische und wohnortnahe Gesundheitsversorgung.....</u>	<u>30</u>
<u>Medizinische Versorgung sicherstellen – Hausärzt:innen, Fachärzt:innen, Kliniken und Apotheken vor Ort erhalten.....</u>	<u>31</u>
<u>Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung.....</u>	<u>33</u>
<u>Menschenwürdige Pflege.....</u>	<u>34</u>
<u>Gesundheitliche Prävention, Aufklärung und den Öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen.....</u>	<u>35</u>
<u>Wohnen bezahlbar machen.....</u>	<u>36</u>
<u>Klimaschutz - sozial gerecht.....</u>	<u>38</u>
<u>Müllvermeidung und -entsorgung.....</u>	<u>42</u>
<u>Abrüstung ist Klimaschutz.....</u>	<u>43</u>
<u>Tierschutz.....</u>	<u>43</u>
<u>Mobilitätswende: Bus und Bahn ausbauen.....</u>	<u>44</u>
<u>Agrarwende.....</u>	<u>47</u>
<u>Gerechte Bildungschancen - für alle Menschen.....</u>	<u>49</u>
<u>Digitalisierung, die den Menschen dient.....</u>	<u>51</u>
<u>Eine friedliche Welt ist möglich.....</u>	<u>52</u>

1 Vorwort

2 Liebe Wähler:innen,

3

4 unser Programm ist ein Gegenprogramm: Gegen die Politik der
5 Kürzungen und Schließungen, gegen Konkurrenz und Ausgrenzung,
6 gegen den Ausverkauf unserer Dörfer und Kleinstädte und gegen Nazis,
7 Rassismus und Sexismus. Unser Programm ist eine wirkliche Alternative
8 für eine bessere Zukunft:

9

10 Wir setzen uns ein für Krankenhäuser und Gesundheitszentren vor Ort,
11 in denen attraktive Arbeitsbedingungen herrschen und in denen es
12 genug Fachärzt:innen und gut bezahlte Krankenpfleger:innen gibt. Wir
13 kämpfen für barrierefreie Wohnungen, die auch bezahlbar sind.

14

15 Die Kinder sollten zur nächsten Schule nicht erst lange fahren. Wir
16 setzen uns ein für kurze Schulwege für unsere Kinder. Zum Schwimmen
17 lernen brauchen sie ein Schwimmbad in der Nähe. Aber oft haben die
18 Kommunen nicht genug Geld, um es zu erhalten und sogar noch eine
19 neue Rutsche zu bauen. Das wollen wir ändern. Nach der Schule sollte
20 es ein dauerhaftes Angebot in Jugendtreffs geben, die langfristig und
21 auskömmlich finanziert sind.

22

23 Wir setzen uns ein für einen kostenlosen ÖPNV. Mit vielen Verbindungen
24 und genügend Fuß- und Radwege, braucht man nicht unbedingt ein
25 Auto. Leerstehende Häuser, Läden oder Scheunen können zu offenen
26 Räumen für Vereine, ein Café oder für gemeinschaftliches Arbeiten und
27 Wohnen werden.

29 All das ist möglich. Ein Leben, in dem wir auch auf dem Land eine gute
30 Gesundheitsversorgung haben und in dem man mit Würde altern kann,
31 ist möglich. Ein Leben, in dem Kinder auf dem Land nicht verzichten
32 müssen, ist möglich. Ein Leben, in dem jeder Mensch die gleichen
33 Rechte hat, ist möglich. Ein Leben, das nicht die Lebensgrundlagen
34 kommender Generationen zerstört, ist möglich.

36 Doch dafür muss sich vieles grundlegend ändern. In den letzten Jahren
37 sind die Reichen und Mächtigen unfassbar viel reicher und mächtiger
38 geworden. Sie gehen direkt in die Ministerien und lassen Gesetze zu
39 ihrem Vorteil ändern: um noch weniger Steuern zu zahlen, um harte
40 Arbeit noch schlechter zu entlohnen oder um aus der Tatsache, dass wir
41 alle Wohnungen, Strom und Gesundheitsversorgung brauchen, noch
42 höhere Gewinne zu schlagen. Unterdessen steigen die
43 Rüstungsausgaben – auf Kosten von Wohnungsbau, Gesundheit und
44 Pflege, Kitas, Schulen, Frauenhäusern, Bahn und Mobilität. Und damit
45 wir das nicht merken, versuchen sie, uns zu spalten und Hass gegen
46 Einige von uns zu schüren. Die Profiteure unserer ungerechten
47 Wirtschaftsordnung wollen über alles reden, nur nicht darüber, dass sie
48 das Problem sind.

49 Aber wir müssen genau darüber sprechen. Für uns ist klar: Die Spaltung
50 der Gesellschaft in Arm und Reich ist eines der größten Probleme
51 unserer Zeit. Wer nicht weiß, wie er die nächste Mieterhöhung zahlen
52 oder sein Kind unterbringen soll, dem helfen große Versprechungen
53 nicht weiter. Wer nur darauf hoffen kann, dass die Waschmaschine, das
54 Auto oder die eigene Gesundheit noch zwei Jahre durchhält, braucht
55 jetzt Veränderung.

57 Doch in unserem Landkreis funktioniert die öffentliche Daseinsvorsorge
58 in weiten Teilen nicht mehr. Die ehemaligen kreiseigenen Krankenhäuser
59 in Schwalmstadt, Homberg und Melsungen wurden an den Asklepios
60 Konzern verramscht. Versprochen wurde eine langfristige medizinische
61 Versorgung des Schwalm-Eder-Kreises. Nach nur vier Jahren schloss
62 Asklepios die Klinik in Homberg. Das Melsunger Krankenhaus wurde
63 heruntergewirtschaftet und musste 2022 geschlossen werden. Mehr als
64 60 Millionen Euro kostete den Steuerzahler die Privatisierung der
65 Schwalm-Eder-Kliniken. Demgegenüber weist der Asklepios Konzern
66 eine Gewinnsteigerung auf 257 Millionen Euro aus. Die realitätsfernen
67 Leistungsgruppen in der aktuellen Krankenhausreform, also spezifische
68 Kategorien von medizinischen Leistungen, verhindern die Einrichtung
69 eines intersektoralen Gesundheitszentrums in Melsungen und befeuern
70 das Kliniksterben in ländlichen Regionen.

71

72 Trotz Allem werden unsere Schulen geschlossen: In Allendorf und
73 Rengshausen sieht der Schulentwicklungsplan gegen den
74 ausdrücklichen Wunsch der Eltern und Einwohner:innen die Schließung
75 vor. In Felsberg sollte der wertvolle Mädchentreff zwecks Einsparung
76 von 2.500 Euro geschlossen werden.

77

78 Bankfilialen in Gilserberg, Schrecksbach, Melsungen und Oberaula
79 wurden geschlossen, die Bankautomaten in Gensungen abgebaut.
80 Der Vorstandsvorsitzende gönnt sich derweil ein Gehalt von 408.000
81 Euro im Jahr.

82

83 Der Müll wurde häufig nicht mehr abgeholt. Der neue Anbieter PreZero
84 gehört zur Schwarz Gruppe, dessen Besitzer sein Privatvermögen auf

85 47,3 Milliarden Euro gesteigert hat, während wir nicht mehr wissen,
86 wohin mit dem Müll.

87

88 Auch der Glasfaserausbau stockt und verläuft vielerorts nicht
89 fachgerecht. Die A 49 sorgt an mehreren Stellen für eine deutlich
90 erhöhte Lärmbelastung und führt zur Versiegelung wertvoller
91 Ackerflächen durch die Ansiedlung von Logistikbetrieben mit
92 voraussichtlich schlechten Arbeitsbedingungen. Barrierefreier
93 Wohnraum für alters- und behindertengerechtes Wohnen ist
94 Mangelware.

95

96 Eine jahrzehntelang verfehlte Politik zeigt ihre Spuren. 24 Prozent der
97 Wähler:innen im Kreis wenden sich einer rechtsextremen Partei zu. Wir
98 treten der Ablehnung von als fremd und unbekannt wahrgenommenen
99 Menschen entschieden entgegen – Rassismus, Queerfeindlichkeit und
100 anderen Formen der Diskriminierung muss überall entschieden begegnet
101 werden. Zu leicht kann sie in Abwertung, Ausgrenzung und Gewalt
102 umschlagen.

103

104 Schon jetzt lässt sich dabei vom Zusammenleben in den Dörfern einiges
105 lernen. Einander uneigennützig zu helfen, wenn die Oma krank wird oder
106 der Papa einen Unfall hatte. Arbeit zu finden für diejenigen, die ohne
107 Unterstützung keine gefunden hätten. Fahrgemeinschaften für die
108 Kinder zum nächsten Fußballtraining. All das sind Keimformen
109 solidarischen Zusammenlebens, die wir stärken wollen. Unseren Beitrag
110 leisten wir dabei u.a. mit der kostenlosen Sozialsprechstunde, z. B. in
111 unserem treysaer Büro. Hier helfen wir Menschen mit Behördengängen,
112 dem Ausfüllen von Formularen und vielen weiteren alltäglichen
113 Problemen des Lebens.

114

115 Für uns Linke ist klar: Wir stehen bedingungslos an der Seite der
116 arbeitenden Menschen und all derer, denen das Geld kaum zum Leben
117 reicht und die keine Lobby haben. Kurz: an der Seite der Mehrheit dieser
118 Gesellschaft. An ihren Prioritäten richten wir unsere Politik aus.

119

120 Wir sind überzeugt, dass es eine Partei braucht, die eine laute Stimme
121 für diejenigen ist, die sonst niemand hört. Die den Finger in die Wunde
122 legt und die Ungleichheit aufzeigt. Wir glauben, dass mehr möglich ist.
123 Dass das noch nicht alles gewesen sein kann. Wir glauben, dass der
124 Kapitalismus nicht das Ende der Geschichte ist und die Demokratie es
125 wert ist, verteidigt zu werden. Wir kämpfen für den demokratischen
126 Sozialismus.

127

128 Allein sind wir den Reichen und Mächtigen ausgeliefert, aber gemeinsam
129 können wir uns wehren. Deswegen müssen wir uns zusammenschließen
130 und gemeinsam für unsere Anliegen eintreten.

131 Unsere Leitlinie heißt: **Wir gemeinsam gegen die da oben.**

132 In den Parlamenten 133 und auf der Straße

134

135 Die Arbeit in den kommunalen Parlamenten eröffnet für uns neue
136 Möglichkeiten politischen Wirkens. Damit Abgeordnete sich nicht
137 lediglich in parlamentarischen Abläufen einnisten und damit den Bezug

138 zu ihren Wähler:innen verlieren, wollen wir den engen Kontakt zu
139 außerparlamentarischen Bewegungen und Wähler:innen weiterhin
140 intensiv pflegen. So tragen wir außerparlamentarische Kämpfe in die
141 Parlamente.

142

143 Das ist uns in der Vergangenheit gut gelungen z. B. bei der
144 Arbeitsloseninitiative, der Bürgerinitiative Melsunger Klinik voranbringen,
145 der Fahrradinitiative R12, der Initiative „Schwalm ohne Autobahn“
146 „Lärmschutz an der A 49“, gemeinsam mit „Fridays for Future“ oder dem
147 CSD Schwalm-Eder. Dies fruchtbaren Verbindungen von
148 parlamentarischer Arbeit in Verbindung mit den Bürgerbewegungen
149 werden wir auch in Zukunft fortsetzen.

150 Kommunen nicht 151 länger im Stich lassen

152 Viele Kommunen leiden unter chronischer Unterfinanzierung. Dies führt
153 dazu, dass sie die Verhältnisse vor Ort nicht mehr aktiv gestalten bzw.
154 die Bedürfnisse der Bürger:innen vor Ort nicht mehr ausreichend
155 bedienen können. Ihre Handlungsfähigkeit ist entsprechend stark
156 eingeschränkt. Es wird nur noch Mangel verwaltet.

157

158 Nun verkauft die Bundesregierung das Sondervermögen als Meilenstein
159 in Sachen Infrastruktur-Investitionen, aber bei den Städten und
160 Gemeinden wird davon voraussichtlich kaum etwas bzw. viel zu wenig
161 ankommen. Die jahrzehntelange strukturelle Unterfinanzierung der
162 Kommunen wird weiter nicht wirkungsvoll angegangen.

163

164 Während für Milliarden Euro an Aufrüstung die sogenannte
165 Schuldenbremse gelockert wird, lässt die Bundesregierung die
166 Kommunen weiter im Regen stehen, indem sie ihnen immer mehr
167 Aufgaben zuweist, aber nicht für eine ausreichende Finanzierung sorgt.

168

169 Die Schuldenbremse wird nur dann infrage gestellt, wenn es um Rüstung
170 geht – für soziale Gerechtigkeit und öffentliche Daseinsvorsorge bleibt
171 sie aber unangetastet. Das zeigt, wessen Interessen hier tatsächlich
172 vertreten werden – und es sind nicht die der breiten Bevölkerung.

173

174 Bereits eine geringe Vermögenssteuer für Millionäre und Milliardäre
175 könnte jährlich 108 Milliarden Euro einbringen. Davon würden vor allem
176 die Länder und damit die Kommunen profitieren. Doch CDU und SPD
177 weigern sich, große Vermögen fair zu besteuern, während die
178 Kommunen mit ihrer Schuldenlast kämpfen.

179

180 Die Kommunen müssen endlich wieder in die Lage versetzt werden, ihre
181 Aufgaben finanziell erfüllen zu können: Kindertagesstätten und Schulen,
182 der öffentliche Nahverkehr und die Wasserversorgung, Kultur und Sport,
183 Feuerwehr und Rettungsdienst, Straßen und Radwege,
184 Gesundheitsversorgung und vieles mehr gehören in den
185 Aufgabenbereich der kommunalen Daseinsvorsorge.

186

187 Verantwortlich für die bisherigen Fehlentwicklungen ist hauptsächlich
188 die Bundespolitik. Diverse Bundesregierungen haben den Kommunen
189 Aufgaben übertragen bzw. erweitert, ohne deren Finanzierung
190 sicherzustellen. Wir sind daher für eine strikte Einhaltung der

191 sogenannten Konnexität, d.h. wer die Musik bestellt, muss sie auch
192 bezahlen.

193

194 Die Linke fordert eine bedarfsgerechte Finanzausstattung der
195 Kommunen. Laufende Bundesprogramme müssen verstetigt und dem
196 Bedarf entsprechend angepasst werden. Auch die Förderkriterien
197 müssen auf den Prüfstand. Sollen finanzschwache Kommunen von
198 Bundesprogrammen profitieren, müssen die Eigenanteile für sie
199 gestrichen werden.

200

201 Um die Kommunalfinanzen auch langfristig auf solide Beine zu stellen,
202 sind weitere, weitreichendere Maßnahmen notwendig. So muss der
203 kommunale Einnahmeanteil am Gesamtsteueraufkommen von zurzeit
204 rund 13 Prozent angehoben werden.

205

206 Daneben müssen die eigenen kommunalen Einnahmen höher und
207 verlässlicher ausfallen. Die derzeit wichtigste kommunale
208 Steuereinnahmequelle ist die Gewerbesteuer. Wir wollen sie zu einer
209 Gemeindewirtschaftsteuer weiterentwickeln, um die Einnahmeseite der
210 Kommunen zu verbessern. Dafür müssen die Bemessungsgrundlage
211 erweitert und, wie vom Deutschen Städte- und Gemeindebund
212 gefordert, freie Berufe einbezogen werden.

213

214 Die wirtschaftliche Betätigung der Kommunen ist zu sichern, zu fördern
215 und zu verbessern, da sie ein wichtiger Bestandteil der kommunalen
216 Finanzen ist. Statt Aufgaben in die Privatwirtschaft zu verlagern, müssen
217 kommunale Unternehmen sowie deren Gründungen daher seitens des
218 Bundes gefördert werden, vornehmlich in Organisationsformen des
219 öffentlichen Rechts (Regiebetriebe, Eigenbetriebe, Anstalten

220 öffentlichen Rechts). Vorhandene Einschränkungen müssen abgebaut,
221 interkommunale Zusammenarbeit zum Vorbild und im Bereich der
222 kommunalen Daseinsvorsorge eine Präferenz zugunsten der öffentlichen
223 Hand erreicht werden.

224

225 Soziale und ökologische Kriterien müssen für kommunale Unternehmen
226 selbstverständlich werden. Diese Maßnahmen fördern nicht nur
227 regionale Wirtschafts- und Finanzkreisläufe und schaffen Arbeitsplätze
228 in den Kommunen, sie sorgen auch dafür, dass vor Ort erwirtschaftetes
229 Geld nicht abfließt, sondern den Menschen vor Ort zu Gute kommen
230 kann. Dies stärkt in vielerlei Hinsicht die Einnahmeseite der Kommunen.
231 Zudem vergeben kommunale Betriebe in öffentlicher Hand Aufträge eher
232 an Unternehmen in der Region. Damit profitiert auch die private
233 Wirtschaft.

234

235 Zusätzlich muss die finanzielle Handlungsfähigkeit der Kommunen durch
236 eine Gemeindefinanzreform sichergestellt werden. Seit vielen Jahren
237 versprechen Bund und Länder eine solche Gemeindefinanzreform – und
238 passiert ist bislang jedoch nichts. Die Linke fordert daher eine
239 Gemeindefinanzreform, die 100-prozentige Anrechnung der kommunalen
240 Finanzkraft im Länderfinanzausgleich und einen Altschuldenfonds für
241 überschuldete Kommunen. Außerdem will Die Linke die Übernahme von
242 100 Prozent der Kosten der Unterkunft durch den Bund und einen
243 Solidarpakt III für strukturschwache Regionen, zu denen auch der
244 Schwalm-Eder-Kreis gehört.

245

246 Das Investitionspotential der Kommunen muss stärker ausgeschöpft
247 werden. Dafür können interkommunal agierende Fördergeldmanager

248 einen wichtigen Beitrag leisten, um Fördermöglichkeiten voll
249 auszuschöpfen und nicht ungenutzt verfallen zu lassen.
250

251 Sowohl in der Planung als auch bei der Einstellung von Geldern müssen
252 die Bedürfnisse der Geschlechter gleich gewichtet werden.
253

254 Wir fordern die geschlechterspezifische Bewertung der Haushaltspolitik,
255 d. h. die Einbeziehung der Geschlechterperspektive in alle Ebenen des
256 Haushaltsverfahrens und die Umstrukturierung der Ausgaben und
257 Einnahmen mit Blick auf die Förderung der Geschlechtergleichstellung.

258 Soziale Sicherheit

259 Im Mittelpunkt unseres Engagements steht der Mensch. Insbesondere
260 wollen wir diejenigen unterstützen, die auf Hilfe angewiesen sind. Dazu
261 gehören von Armut bedrohte und betroffene Menschen, Menschen mit
262 Beeinträchtigungen, genauso, wie Kinder und Jugendliche sowie ältere
263 Menschen und Angehörige benachteiligter Gruppen.
264

265 Unser Ziel ist es, eine inklusive Gesellschaft zu schaffen, in der sich alle
266 Menschen wohlfühlen und diejenigen Unterstützung erhalten, die sie
267 brauchen. Gemeinsam möchten wir den Schwalm-Eder-Kreis zu einem
268 Ort machen, in dem soziale Gerechtigkeit und Solidarität
269 großgeschrieben werden.
270

271 So wie in vielen anderen Landkreisen ist auch im Haushalt des Schwalm-
272 Eder-Kreises der größte Posten. Daher ist es umso wichtiger, dass hier in
273 Zeiten leerer Kassen nicht der Rotstift angesetzt wird.
274

275 Gerade die Kinder- und Jugendhilfe ist ein essenzieller Bestandteil der
276 kommunalen Sozialpolitik. Die Linke setzt sich für ein finanziell und
277 personell gut ausgestattetes Jugendamt ein. Denn die Aufgaben der
278 Jugendämter sind vielfältig und reichen von Kinderschutz über
279 Gewaltprävention bis hin zu Erziehungsberatung, Jugendhilfe und vielem
280 mehr. Wichtig ist hierbei, dass Präventions- und Beratungsangebote
281 erhalten und ausgebaut werden sowie eine strukturelle Verzahnung der
282 Kinder- und Jugendpsychiatrie mit der Jugendhilfe in Verbindung mit
283 dem Ausbau entsprechender Angebote.

284

285 Wir kämpfen für Kinder- und Jugendzentren, kostenlose Freizeit-,
286 Kultur-, Bildungs- und Sportangebote sowie Ferienprogramme und
287 Vergleichbares, weil diese eine gesunde Entwicklung, Bildung und
288 Integration ermöglichen, was allen Kindern und Jugendlichen im
289 Schwalm-Eder-Kreis zugänglich sein sollte.

290

291 Auch die politische Beteiligung von jungen Menschen muss ausgebaut
292 werden. Wir unterstützen mehr Kinder- und Jugendräte auf kommunaler
293 Ebene mit Vertretungsrecht in den örtlichen Parlamenten und deren
294 Beteiligung an allen kinder- und jugendrelevanten kommunalen
295 Entscheidungen mit Stimm- und Rederecht.

296

297 Eine ausreichende personelle und finanzielle Unterstützung kultureller
298 Jugendinitiativen wie z. B. kostenlose Probe- und Versammlungsräume
299 sowie gebührenfreien Zugang zu technischem Equipment muss ebenso
300 gewährleistet sein.

301 **Die Würde des Menschen ist unantastbar, auch im** 302 **Alter**

303 Diese Angebote sind Teil einer sozialen Infrastruktur, die auch
304 Maßnahmen zur Förderung des selbstständigen Lebens im Alter
305 umfasst. Im Alter sind viele Menschen besonders auf Unterstützung
306 angewiesen. Dabei geht es nicht nur um finanzielle Leistungen, sondern
307 auch um altersgerechte Beratungs-, Kultur- und Freizeitangebote. Wir
308 setzen uns für eine neue Kultur des Alterns in dieser Gesellschaft ein. Es
309 geht um selbstbestimmtes Altern in Würde, ohne Diskriminierung, Armut
310 und Abstiegsängste. Senior:innen müssen in allen gesellschaftlichen
311 Bereichen gleichberechtigt teilhaben können.

312

313 Auf Kreisebene setzt sich Die Linke Schwalm-Eder daher unter anderem
314 für eine Stärkung des Pflegestützpunktes sowie der Gemeindepflege
315 und eine auskömmliche Finanzierung der örtlichen Gemeinwesenarbeit
316 ein. Denn ein gutes Leben im Schwalm-Eder-Kreis beinhaltet für uns
317 auch der sozialen Isolation, die das Altsein auch immer mehr auf dem
318 Land mit sich bringt, entgegenzuwirken.

319

320 Hier setzt auch unsere Forderung an, dass Wohnprojekte für
321 Senior:innen-Wohngemeinschaften sowie Mehrgenerationenhäuser
322 gefördert werden müssen. Entscheidend ist hierbei der bedarfsgerechte,
323 barrierefreie Bau und Ausbau von Wohnformen, die selbstständiges
324 Wohnen bei körperlichen Einschränkungen möglich machen. Teil davon
325 ist auch die Forderung nach barrierefreien und gut ausgeleuchteten
326 Fußwegen.

327

328 Unter anderem damit setzen wir uns für die Einrichtung
329 flächendeckender, niedrighschwelliger und bedarfsgerechter
330 Nahversorgungsangebote ein, die eine selbstständige Lebensführung im
331 Alter unterstützen und den Menschen ermöglichen auch im Alter in der
332 Heimatkommune bleiben zu können.

333 **Selbstbestimmt leben**

334 Menschen mit Behinderung sind nach wie vor in vielen Lebensbereichen
335 benachteiligt. 2023 wurde Deutschland von der UN auf die Umsetzung
336 der UN- Behindertenrechtskonvention geprüft und für die vielen
337 Sonderstrukturen für Menschen mit Behinderungen kritisiert: in der
338 schulischen Bildung, bei der Beschäftigung in Werkstätten oder bei der
339 Unterbringung in großen stationären Wohneinrichtungen. Das darf nicht
340 sein und verstößt gegen die Menschenwürde und damit gegen das
341 Grundgesetz. Wir wollen, dass Menschen mit Behinderungen an allen
342 Aspekten des Lebens selbstverständlich teilhaben können.

343
344 Der Begriff „Inklusion“ wird oft auf Bildung beschränkt oder für
345 Einsparungen missbraucht. Für Die Linke ist der Begriff der
346 Gegenentwurf zu sozialer Spaltung, Ausgrenzung, Hass und der
347 Abwertung von Menschen. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle
348 Menschen gleichberechtigt zusammenleben und an den demokratischen
349 Entscheidungen teilhaben können – unabhängig von ihren individuellen
350 Fähigkeiten, ihrer körperlichen Verfassung, ihrer Herkunft und sozialen
351 Stellung, ihrem Geschlecht, Alter oder ihrer sexuellen Orientierung.

352
353 Gegen die Pläne der aktuellen Bundesregierung bei der
354 Eingliederungshilfe Einsparungen vorzunehmen, fordern wir, dass die
355 Bedürfnisse von Menschen mit Beeinträchtigungen stärker

356 berücksichtigt werden. Die finanzielle Situation des
357 Landeswohlfahrtsverbands (LWV) Hessen ist deutlich angespannt.
358 Das darf nicht zur Kürzung von Leistungen führen, sondern muss eine
359 bessere finanzielle Ausstattung des LWV zur Folge haben. Auch die Rolle
360 der „Behindertenbeauftragten“ bei Projekten des Landkreises muss
361 gestärkt werden. Außerdem müssen themenspezifisch fachkundige
362 Dritte wie beispielsweise der Gemeindepsychiatrische Verbund
363 Schwalm-Eder Gehör finden.

364

365 Um Teilhabe zu ermöglichen, fordern wir Barrierefreiheit in Sprache,
366 Verwaltung, Verkehr und Institutionen. Die öffentliche Verwaltung muss
367 hier mit gutem Beispiel voran gehen und barrierefrei und transparent
368 werden – vom Formularwesen über die Webseite bis zum Gebäude. Auch
369 alle Sitzungen der kommunalen Gremien und die Sitzungsunterlagen
370 müssen bei Bedarfen barrierefrei zugänglich sein.

371 Hierzu gehören weiterhin die Forderung nach umfassender
372 Barrierefreiheit bei der Durchführung von Wahlen und die systematische
373 Verbesserung öffentlicher Gebäude in Bezug auf Barrierefreiheit unter
374 Einbeziehung von Selbsthilfeorganisationen von Menschen mit
375 Behinderungen. Der Neubau sowie die Sanierung von kommunalen
376 Gebäuden müssen ohne Ausnahme barrierefrei geschehen.

377

378 Zur Förderung von Akzeptanz, Achtung ihrer Rechte und Würde sowie
379 dem Verständnis für Menschen mit Behinderung ist es wichtig, deren
380 Perspektive deutlich zu machen. Darum unterstützen wir entsprechende
381 Initiativen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen auf allen Ebenen der
382 Gesellschaft.

383

384 Mobilität, Bildung und Arbeit sind weitere wichtige Aspekte von Teilhabe.
385 Deshalb sind wir für einen beschleunigten barrierefreien Ausbau der
386 Haltestellen des öffentlichen Nahverkehrs hin zur Barrierefreiheit sowie
387 für die Förderung der Inklusion in Kitas und Schulen durch bessere
388 Sach- und Personalausstattung sowie die Schaffung von mehr Arbeits-
389 und Ausbildungsplätzen für Menschen mit Behinderung.

390 **Armutsbekämpfung**

391 Armut ist kein unveränderbares Schicksal. Sie ist Ausdruck
392 gesellschaftlicher Verhältnisse, in denen ein kleiner Teil der Gesellschaft
393 sich einen ständig wachsenden Reichtum aneignet. Dadurch wird die
394 Kluft zwischen Arm und Reich immer tiefer. Diese Entwicklung ist jedoch
395 entgegen der herrschenden Propaganda keineswegs selbst verschuldet.
396 Die Ursache liegt in einem kapitalistischen Wirtschaftssystem, in dem
397 die Prekarisierung immer weiter zunimmt. Damit sind z.B. eine stetige
398 Zunahme an mangelnder Arbeitsplatzsicherheit, niedrige Löhne,
399 befristete Arbeitsverhältnisse, Teilzeitbeschäftigung und mangelnder
400 Kündigungsschutz gemeint. Diese Arbeits- und Lebensverhältnisse
401 bieten immer weniger Menschen eine lebenswerte Perspektive.

402

403 Die Linke Schwalm-Eder setzt sich dafür ein, die gesetzlichen
404 Spielräume bspw. bei der Grundsicherung voll auszuschöpfen, damit
405 Menschen die z. B. von Altersarmut betroffen sind, bestmöglich
406 unterstützt werden können. Denn steigende Lebenshaltungskosten
407 belasten auch die Menschen im Schwalm-Eder-Kreis. Konkret
408 unterstützen wir bereits mit unserer regelmäßig stattfindenden
409 Sozialsprechstunde Menschen, z. B. beim Ausfüllen von Anträgen oder
410 begleiten sie bei Bedarf zu Ämtern.

411 Wir fordern, dass der Landkreis sich für das flächendeckende
412 Vorhandensein eines Sozialpasses einsetzt, der vergünstigte

413 Eintrittspreise z. B. für Fahrscheine oder kulturelle Veranstaltungen im
414 Kreis gewährt, um auch Menschen mit wenig Geld die Teilhabe an
415 diesen Angeboten zu ermöglichen. Außerdem setzen wir uns für den
416 Erhalt kommunaler Schwimmbäder mit niedrigen Preisen und kostenfrei
417 nutzbare Sportstätten ein.

418

419 Obdach- bzw. Wohnungslosigkeit ist bedingungslos abzuschaffen. Bei
420 vorübergehender Wohnungslosigkeit müssen in ausreichendem Umfang
421 menschenwürdige und kostenlose Schlafgelegenheiten zur Verfügung
422 gestellt werden.

423

424 Eine verbesserte öffentliche Daseinsvorsorge sowie der Ausbau
425 kommunaler Einrichtungen und Dienstleistungen erfordern einen
426 entschiedenen Kurswechsel in der kommunalen Arbeitsmarkt- und
427 Beschäftigungspolitik.

428

429 Ausgeschriebene Stellen müssen mit den entsprechenden Fachkräften
430 besetzt und Stellen im Öffentlichen Dienst bedarfsorientiert geschaffen
431 werden.

432 Antifaschismus ist 433 gemeinnützig

434 Linke Kommunalpolitik setzt sich dafür ein, rechten Organisationen den
435 Nährboden zu entziehen. Viele Menschen fühlen sich abgehängt oder
436 haben Angst vor dem gesellschaftlichen Abstieg. Rechte Parteien und
437 Organisationen geben sich als „Anwalt der kleinen Leute“ aus.

438

439 Rechtsextreme versuchen sich als „Beschützer der Deutschen“
440 insbesondere der „deutschen Frauen“ im öffentlichen Raum zu
441 etablieren. Sie greifen bestehende Ressentiments und antieuropäische
442 Stimmungen auf, um einem rassistischen und aggressiven Nationalismus
443 den Weg zu bahnen. Die Linke unterstützt den antifaschistischen
444 Widerstand.

445

446 Die Linke begreift Antifaschismus als eine ihrer zentralen Aufgaben und
447 arbeitet niemals mit Rassist:innen, Rechtspopulist:innen und
448 Faschist:innen zusammen. Wir lassen rassistische,
449 menschenverachtende und herabwürdigende Äußerungen nicht
450 unwidersprochen stehen, sondern widersetzen uns. Gegen Hate Speech
451 und rechte Gewalttaten gehen wir konsequent vor. Dabei dürfen rechte
452 Tatmotive durch Strafverfolgungsbehörden nicht verschleiert werden.
453 Für Opfer rechter Gewalt braucht es flächendeckende Informations- und
454 Beratungsangebote.

455

456 Wir stellen uns der Diffamierung oder Kriminalisierung antifaschistischer
457 Initiativen entgegen. Die rechte Szene ist eine alltägliche Bedrohung für
458 zahlreiche Menschen in den Kommunen.

459

460 Eine der zentralen politischen Aufgaben einer sozialistischen Partei ist
461 die Bekämpfung rechtsextremer und rechtsterroristischer
462 Gruppierungen, Parteien und Netzwerke. Sie verbreiten Furcht und
463 Gewalt und behindern emanzipatorische gesellschaftliche
464 Entwicklungen.

465

466 Wir brauchen breite gesellschaftliche Bündnisse, die sich Nazis in den
467 Weg stellen. Deshalb haben wir kreisweit alle Demonstrationen für

468 Demokratie und gegen den Rechtsextremismus mit unserer Beteiligung
469 unterstützt und werden dies auch weiterhin tun.

470

471 Da meist weder die bürgerlichen Parteien noch die Polizei oder der
472 Verfassungsschutz ernsthaft gegen die Bedrohung durch die Rechten
473 vorgehen, ist es Aufgabe der gesellschaftlichen Linken entschiedenen
474 Widerstand und Selbstschutz zu organisieren.

475

476 Erinnerungskultur ist antifaschistische Bildung. Die Verbrechen des
477 Faschismus in Erinnerung zu rufen, ist ein wichtiger Beitrag für den
478 Kampf gegen Rechts in der heutigen Zeit. Da die Zeitzeugen immer
479 weniger werden, sind Orte des Erinnerns und kulturelle Beiträge der
480 Erinnerungskultur in den Kommunen zu organisieren.

481

482 **Wir setzen uns ein für**

- 483 • die Verlegung von sogenannten „Stolpersteinen“ für die Opfer des
484 Faschismus
- 485 • die Förderung von Fahrten zu Gedenk- und Erinnerungsstätten, wie
486 den Gedenkstätte Trutzhain und Breitenau
- 487 • Ausstellungen zur Erinnerungskultur in Museen, Rathäusern und
488 anderen öffentlichen Gebäuden,
- 489 • Aufführungen von entsprechenden Theaterstücken (z. B. bringt
490 das Staatstheater Kassel den NSU-Prozess auf die Bühne),
- 491 • Förderung von Multimedia-Projekten, wie (Kurz-)Filmen,
492 Internetseiten, Social-Media-Accounts, etc. zur Erinnerungskultur.

493 **Für eine gerechte Einwanderungsgesellschaft**

494 Wir setzen uns ein für eine Integration, die menschenrechtskonform,
495 solidarisch und antidiskriminierend ist. Die Rechte von Geflüchteten

496 dürfen nicht gegen die anderer Menschen gestellt werden. Kein Mensch
497 ist illegal!
498

499 Wir setzen uns für den Beitritt von Kommunen zum Bündnis „Städte
500 Sicherer Häfen“ ein. Gemeinden sollten ihre Unterstützung für die zivile
501 Seenotrettung erklären und Unterbringung von aus Seenot geretteten
502 Menschen zusätzlich zur Verteilungsquote anbieten.
503

504 Wir wollen eine menschenwürdige, dezentrale Unterbringung für
505 Geflüchtete. Dafür müssen alle kommunalen Spielräume genutzt werden.
506 Für kommunale Gemeinschaftsunterkünfte braucht es verbindliche
507 Mindeststandards und Gewaltschutzkonzepte. Immobilienhaie, die vor
508 allem mit Schrottimmobilien auf die Ausbeutung von Neuzugewanderten
509 abzielen, wollen wir bekämpfen.
510

511 Geflüchteten und Einwander:innen muss sofort nach ihrer Ankunft
512 ermöglicht werden, Sprach- und Integrationskurse zu absolvieren.
513 Willkommens- und Intensivklassen müssen ausgebaut werden. Die
514 Integration von Geflüchteten muss am ersten Tag ihrer Ankunft
515 beginnen.
516

517 Wir fordern eine bedarfsgerechte Erstausrüstung an Schulbedarf für
518 alle Kinder. Hessen braucht mehr Lehrer:innen für Deutsch als
519 Zweitsprache, Integrationslehrer:innen, Schulsozialarbeiter:innen,
520 Schulgesundheitsfachkräfte und psychologische Beratungskräfte.
521 Geflüchtete Schüler:innen müssen schnellstmöglich in das
522 Regelschulsystem integriert werden. Zusätzlich braucht es vermehrte
523 Angebote zum Nachholen eines Schulabschlusses an einer

524 berufsbildenden Schule auch für Geflüchtete, die nicht mehr der
525 allgemeinen Schulpflicht unterliegen.
526

527 Wir wollen Antidiskriminierungs- und Beratungsstellen zur
528 Heranführung von Neuzugewanderten an die sozialen Regelsysteme und
529 zur Arbeitsmarktintegration mit herkunftssprachlichen Berater:innen
530 schaffen. Dolmetscher:innen für Behördengänge sollten kommunal
531 finanziert werden.
532

533 Die Selbstorganisationen von Migrant:innen wollen wir fördern und
534 Selbsthilfeorganisationen in die Entscheidungen und die Politik der
535 Kommunen einbeziehen.
536

537 Die Linke setzt sich dafür ein, dass die Kommune alle rechtlichen
538 Spielräume nutzt, um Abschiebungen zu verhindern. Die Kommunen
539 sollen ein von den Ausländerbehörden unabhängiges Beratungsangebot
540 für von Abschiebung Bedrohten vorhalten. Insbesondere Abschiebungen
541 in Kriegsgebiete stellen schwere Menschenrechtsverletzungen dar und
542 müssen unbedingt unterlassen werden.

543 Zur beruflichen Integration unterstützen wir die Einführung anonymer
544 Bewerbungsverfahren für alle Stellen bei kommunalen Arbeitgebern und
545 die Auftragsvergabe an Unternehmen, die ebenfalls anonyme
546 Bewerbungsverfahren durchführen. Die Verwaltung muss interkulturell
547 geöffnet und ihre dahingehenden Kompetenzen gestärkt werden.
548

549 Die Zwangsunterbringung in entpersönlichenden
550 Gemeinschaftsunterkünften, Einschränkungen der Bewegungsfreiheit
551 und sozialrechtliche Diskriminierungen lehnen wir ab.
552

553 Wir stellen die Rechte von Geflüchteten nicht gegen die anderer
554 Menschen. Viele Menschen in Deutschland müssen in Armut leben, sind
555 auf Bürgergeld angewiesen, arbeiten in schlecht bezahlten Jobs oder
556 müssen Aufstockerleistungen beantragen, weil der Lohn zum Leben
557 nicht reicht. Sie hätten nicht einen Euro mehr in der Tasche, wenn
558 niemand mehr flüchten würde.
559 Die Ursache für Sozialkürzungen, Unsicherheit und prekäre
560 Beschäftigung ist eine verfehlte Politik, die nur den Reichen nutzt. Statt
561 uns gegeneinander ausspielen zu lassen, müssen wir gemeinsam dafür
562 streiten, dass es ALLEN besser geht.

563 Zeit für linken 564 Feminismus

565 Frauen* und queere Menschen haben in den vergangenen
566 Jahrhunderten viel in Bezug auf Gleichstellung in der Gesellschaft
567 erreicht. Aber in Zeiten himmelschreiender sozialer Ungerechtigkeit,
568 erstarkender rechter Kräfte und zunehmender Militarisierung bleibt viel
569 zu tun. Und: Macht und Geld sind noch immer fest in den Händen der
570 Männer. Die Revolution der Geschlechterverhältnisse ist unvollendet. Wir
571 müssen und werden sie weiter voranbringen. Wir streiten für
572 Gleichstellung, damit Menschen unabhängig von ihrem Geschlecht
573 gleich viel verdienen, gleiche Entwicklungsmöglichkeiten haben, sich zu
574 Hause die Arbeit gerecht aufteilen und Erniedrigung und Gewalt ein
575 Ende haben. Geschlechtergerechtigkeit heißt Befreiung für alle von den
576 kapitalistisch-patriarchalen Fesseln. Das ist linker Feminismus.
577

578 Daher fordert die Die Linke Schwalm-Eder, dass der Schwalm-Eder-Kreis
579 die Europäische Charta für die Gleichstellung von Frauen und Männern
580 auf lokaler und regionaler Ebene unterzeichnet.

581

582 Zuallererst müssen Frauen* und FLINTA*-Personen sicher vor Gewalt
583 sein. Einen Schutzraum für Frauen* bieten hier Frauen*häuser. Diese
584 haben die Aufgabe von Gewalt und Missbrauch betroffenen Frauen*
585 (und ggf. deren Kindern) Schutz und Unterstützung anzubieten. Ein
586 Frauen*haus ist ein sicherer Ort mit Mitarbeiter:innen, die den
587 Betroffenen dabei helfen, ihre Situation zu bewältigen, auch durch
588 konkrete Beratungs- und Unterstützungsangebote. Die Linke setzt sich
589 daher für den Erhalt und die Förderung des Frauen*hauses im Schwalm-
590 Eder-Kreis ein. Die Linke Schwalm-Eder hat sich auch eingesetzt für den
591 Erhalt des Mädchentreffs in Felsberg und wird sich auch weiter für
592 dessen Fortbestand einsetzen.

593

594 Die Linke setzt sich für eine geschlechtergerechte Planung, Verteilung
595 und Kontrolle von Haushaltsmitteln ein. Dazu gehört die Prüfung,
596 inwieweit kommunale Ausgaben und Einnahmen die unterschiedlichen
597 Geschlechter betreffen. Dies betrifft verschiedenste Bereiche, wie z. B.
598 Kita-Plätze und Angebot für Senior:innen, aber auch die
599 Verkehrsplanung.

600

601 Um möglichst viele Bedarfe erkennen zu können, ist es hierbei wichtig,
602 dass alle Geschlechter in die Haushaltsplanung miteinbezogen werden.
603 Die Budgets sollen möglichst so gesteuert werden, dass sie gezielt die
604 Gleichstellung fördern. Das könnte z. B. bedeuten, dass bei Planungen
605 der Infrastruktur eine bessere Straßenbeleuchtung an Orten mit
606 erhöhtem Belästigungsrisiko mitbedacht wird oder die Ausgabe

607 kostenfreier Hygiene- und Verhütungsmittel, besonders für Menschen
608 mit geringen finanziellen Möglichkeiten. Menstruationsprodukte müssen
609 in allen öffentlichen Gebäuden im Schwalm-Eder-Kreis kostenfrei
610 bereitgestellt werden.
611

612 Dabei fordern wir, dass der Kreis offenlegt, wie Gelder
613 geschlechtergerecht eingesetzt werden und welche Wirkung sich daraus
614 ergeben soll.
615

616 Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die gleichwertige Sichtbarkeit aller
617 Geschlechter in der Politik. Dabei machen wir uns für eine aktive
618 Förderung der Einbindung von Frauen* und FLINTA*-Personen in
619 kommunalen Gremien stark. Hierbei spielt auch ein paritätischer
620 Frauen*anteil in der Verwaltung, im Gemeinderat und in den sonstigen
621 Entscheidungsgremien der Kommunen (z. B. Aufsichtsräte in
622 kommunalen Betrieben) eine entscheidende Rolle. Um das zu
623 gewährleisten, plädieren wir für eine Anpassung der Sitzungszeiten
624 kommunaler Gremien an Menschen, die Care- und Sorgearbeit leisten,
625 ggf. in Kombination mit digitalen Formaten, sowie die Einführung
626 kostenfreier und unbürokratischer Kinderbetreuung während
627 kommunaler Gremiensitzungen.
628

629 Zusätzlich wollen wir eine Prüfung von Parlamentsinitiativen auf ihre
630 Auswirkungen auf alle Geschlechter, insbesondere (mehrfach)
631 benachteiligte Gruppen.
632

633 Der Einfluss der Frauen*- und Gleichstellungsbeauftragten muss
634 gestärkt werden, sodass Benachteiligungen abgebaut und die
635 Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessert werden.

Vielfalt braucht Sicherheit

Wir setzen uns für eine vielfältige Gesellschaft ein, in der alle Menschen nach ihren Bedürfnissen leben und lieben können – auch lesbische, schwule, bisexuelle, trans:, inter: und alle anderen. Ohne Angst vor Armut, Ausgrenzung oder Gewalt. Die Selbstbestimmung jedes Menschen ist für uns nicht verhandelbar.

Alle sollen sich in den verschiedensten Lebensbereichen zeigen und sicher fühlen können. Auf der Straße, am Arbeitsplatz, bei der Wohnungssuche, im Krankenhaus oder beim Amt. Das ist leider nicht selbstverständlich, auch in Deutschland nicht. Die Gewalt gegen Lesben, Schwule und trans: Personen hat zugenommen. Von rechts wird ein Kulturkampf um die vermeintlich „richtige“ Familienform geführt. Die Linke setzt dem den Schutz aller Menschen und aller Familien entgegen.

Die Linke Schwalm-Eder fordert, dass CSDs finanziell bezuschusst werden und dass öffentliche Räume und Flächen für deren Planung und Durchführung unbürokratisch bereitgestellt werden, sowie dass die Kommunen sie aktiv bei der Öffentlichkeitsarbeit unterstützen.

Wir müssen feststellen, dass im Schwalm-Eder-Kreis Anlaufstellen für queere Menschen fehlen. Vor allem auf dem Land sind solche Begegnungs- und Schutzräume gerade für junge Menschen besonders wichtig. Bislang gibt es nur einen aktiven queeren Jugendtreff im Kreis in Schwalmstadt. Wir wünschen uns viele weitere, z. B. in Fritzlar.

662 Daher fordern wir, dass der Kreis sich für die Schaffung und den Erhalt
663 solcher Anlaufstellen einsetzt und die Städte und Gemeinden hierbei
664 tatkräftig unterstützt.

665 Gesundheit ist keine 666 Ware

667 **Für eine solidarische und wohnortnahe** 668 **Gesundheitsversorgung**

669 Die Linke ist die einzige Partei, die konsequent für eine gerechte
670 Finanzierung des Gesundheitswesens kämpft. Wir wollen die
671 Profitorientierung abschaffen, Krankenhäuser gehören in öffentliche
672 Hand! Statt großer Gewinne für Krankenhaus- und Pflegekonzerne
673 wollen wir eine bedarfsgerechte und auskömmliche Finanzierung des
674 Gesundheitswesens. Nur so schaffen wir die Voraussetzungen, die nötig
675 sind, damit alle Menschen im Bereich Gesundheit und Pflege
676 bestmöglich versorgt sind: Patient:innen, Beschäftigte sowie Menschen
677 mit Pflegebedarf und ihre Angehörigen.

678

679 Auch der Schwalm-Eder-Kreis steht vor großen Herausforderungen im
680 Bereich der Gesundheitsversorgung: Hausärztliche Versorgungslücken,
681 Klinikschließungen, Pflegekräftemangel und lange Wege zur nächsten
682 Facharztpraxis belasten die Menschen. Die Linke setzt sich dafür ein,
683 dass Gesundheit als Teil der öffentlichen Daseinsvorsorge gestärkt wird
684 – solidarisch, bedarfsgerecht und wohnortnah.

685 **Medizinische Versorgung sicherstellen –**
686 **Hausärzt:innen, Fachärzt:innen, Kliniken und**
687 **Apotheken vor Ort erhalten**

688 Im Schwalm-Eder-Kreis mussten wir bereits schmerzhaft miterleben,
689 was die Privatisierung des Gesundheitssystems für Folgen hat. 2006
690 wurden die Kreiskrankenhäuser mit den Stimmen von SPD, FDP, FWG
691 und Teilen der Grünen an den Krankenhauskonzern Asklepios verkauft.
692 Was damals im Kreistag als Verbesserung der Gesundheitsversorgung
693 hochgelobt wurde, hat sich in das genaue Gegenteil verkehrt: Nach der
694 Klinik in Homberg (Efze) wurde zuletzt die Klinik in Melsungen
695 geschlossen.

696

697 In Melsungen hat Asklepios sich als unfähig bzw. unwillig erwiesen, eine
698 bedarfsgerechte klinische Grundversorgung zu gewährleisten. Die
699 technische Ausstattung in nicht-profitablen Teilbereichen wurde grob
700 vernachlässigt. Die Arbeitsbedingungen für das Personal haben sich
701 stetig verschlechtert. Wegen der unerträglichen Zustände wanderten
702 viele Mitarbeiter:innen ab. Aus den ehemals drei kreiseigenen
703 Klinikstandorten ist mittlerweile eine verbliebene privat betriebene Klinik
704 geworden. Seitdem sind die Kliniken in Fritzlar und Ziegenhain in der
705 Notfallversorgung oft überlastet und Patient:innen müssen oft bis nach
706 Kassel gebracht werden.

707 Wir brauchen eine Gesundheitsversorgung, die sich an den Bedürfnissen
708 der Bevölkerung orientiert und nicht am Gewinnstreben der
709 Krankenhauskonzerne. Die Zusammenfassung verschiedener
710 Finanzierungsquellen (Schwalm-Eder-Kreis, Stadt Melsungen, Land
711 Hessen, private Sponsoren ...) hätte für einen Neubau der Klinik in
712 Melsungen durch den Kreis ausgereicht.

713

714 Durch die Klinikreform der Bundesregierung drohen weitere
715 Klinikschließungen. Schon jetzt zeigt sich, dass die „Leistungsgruppen“
716 der aktuellen Krankenhausreform nicht von allen betroffenen
717 Krankenhäusern erfüllt werden können. Damit droht der Entzug von
718 Geldern und letztendlich die Schließung von medizinischen
719 Fachbereichen. Die Linke Schwalm-Eder hat sich von Anfang an für den
720 Erhalt der Kliniken im Kreis eingesetzt und wird weiter kämpfen.

721

722 Auch in der ambulanten Versorgung tun sich immer größere Lücken auf.
723 Wir beobachten, dass Arztpraxen schließen. So ist es im Schwalm-Eder-
724 Kreis z. B. ausgesprochen schwierig eine(n) Kinderärzt:in zu finden oder
725 einen Termin in einer psychiatrischen fachärztlichen Praxis zu
726 bekommen. Das bedeutet lange Fahrtzeiten und/oder eine
727 Unterversorgungssituation, die dazu führt, dass auf Termine lang
728 gewartet werden muss.

729

730 Hier fordert Die Linke die Einrichtung kommunaler medizinischer
731 Versorgungszentren, eine aktive Ansiedlungspolitik für junge Ärzt:innen
732 sowie die Förderung mobiler Praxen.

733

734 Ein wichtiger Teil der Gesundheitsversorgung vor Ort sind auch die
735 Apotheken. Hier müssen wir feststellen, dass sich die
736 Arzneimittelversorgung für die ländliche Bevölkerung immer mehr
737 verschlechtert. So verfügen bereits zwei Kommunen im Schwalm-Eder-
738 Kreis über keine Apotheke mehr. Der Vorschlag des
739 Bundesgesundheitsministeriums, die Versorgung der ländlichen
740 Bevölkerung durch sogenannte „Light“-Apotheken „sicherzustellen“ wird
741 diese Situation noch weiter verschärfen. „Light“-Apotheken werden ohne

742 die Anwesenheit eines Apothekers, ohne die Herstellung von
743 Arzneimitteln und ohne Notdienst betrieben, so die Vorstellung des
744 Bundesgesundheitsministeriums. Das ist unverantwortlich. Daher wird
745 sich Die Linke in Zukunft, wie auch schon in der Vergangenheit, für eine
746 vollversorgende Apotheke vor Ort einsetzen.

747 **Keine Militarisierung der Gesundheitsversorgung**

748 Die Linke lehnt das geplante Gesundheitssicherstellungsgesetz ab. Die
749 darin enthaltene Katastrophenmedizin stellt die militärische Logik vor die
750 medizinische Ethik. Somit besteht die Gefahr, dass sich hier eine Triage
751 durchsetzt, die das Lebensrecht von Menschen in Frage stellt. (Notfälle
752 werden nach Kriterien wie „Weiterhin kriegstauglich“ oder
753 „kriegsuntauglich“ sortiert und entsprechend in der Behandlung
754 vorgezogen bzw. hinten angestellt). Es ist eine absurde Vorstellung, dass
755 z. B. das Hospital zum Heiligen Geist in Fritzlar in ein Militärkrankenhaus
756 umgewandelt wird.

757

758 **Menschenwürdige Pflege**

759 Menschen haben ein Recht auf eine würdevolle Pflege, pflegende
760 Angehörige ein Recht auf Unterstützung und Menschen, die in der
761 Pflege arbeiten, haben ein Recht auf gute Arbeitsbedingungen.

762

763 Aus dem hessischen Pflegebericht 2023 geht hervor, dass 11,5 Prozent
764 der Menschen im Schwalm-Eder-Kreis über 74 Jahre alt sind. 36 Prozent
765 von Ihnen sind pflegebedürftig. Diese Quote liegt über dem hessischen
766 Durchschnitt. 80 Prozent der Menschen im Schwalm-Eder-Kreis, die
767 Pflege bedürfen, werden zu Hause gepflegt.

768

769 Darum fordern wir: Pflegende Angehörige müssen viel besser
770 unterstützt werden! Das Pflegeunterstützungsgeld reicht nicht aus. Auf
771 Bundesebene fordert Die Linke für alle Beschäftigten sechs Wochen
772 Freistellung bei vollem arbeitgeberfinanzierten Lohnausgleich beim
773 ersten Auftreten eines familiären Pflegefalls. Außerdem setzen wir uns
774 dafür ein, dass alle pflegenden Angehörigen Geldleistungen und
775 Rentenpunkte erhalten.

776

777 Die größte Entlastung sowohl für Menschen mit Pflegebedarf als auch
778 für ihre pflegenden Angehörigen sind wohnortnahe, nichtkommerzielle
779 und von einer solidarischen Pflegevollversicherung abgedeckte
780 professionelle Tages- und Kurzzeitpflege sowie unbürokratisch
781 zugängliche Entlastungsangebote in der Fläche.

782

783 Auch stationäre Pflegeheimplätze müssen in ausreichender Zahl zur
784 Verfügung stehen. Dabei ist setzt sich Die Linke unermüdlich für bessere
785 Arbeitsbedingungen in der Pflege ein.

786 **Gesundheitliche Prävention, Aufklärung und den** 787 **Öffentlichen Gesundheitsdienst ausbauen**

788 Die beste gesundheitliche Versorgung ist, erst gar nicht krank zu
789 werden. Daher ist es wichtig Präventionsangebote im Schwalm-Eder-
790 Kreis zu schaffen und vorhandene Angebote auszubauen. Angesetzt
791 werden kann hier bei der Ausweitung von Suchtberatungsstellen und
792 niedrigschwelligen Angeboten im Bereich psychischer Gesundheit, wie
793 z. B. den sozialpsychiatrischen Dienst oder bei Angeboten zur
794 Suchtprävention für Jugendliche und junge Erwachsene wie z. B. die
795 Beratungsstelle Sucht und Prävention des Schwalm-Eder-Kreises. Dazu
796 gehört eine bessere Ausstattung und finanzielle Unterstützung des

797 Gesundheitsamtes, insbesondere zur Bekämpfung von
798 Infektionskrankheiten und zur Gesundheitsaufklärung.
799

800 Zur Bewahrung von Gesundheit gehört auch Bewegung. Kommunale
801 Sportangebote, wie öffentlich zugängliche Sportstätten und sogenannte
802 „Trimm-Dich-Pfade“ sind neben Schwimmbädern wichtige öffentliche
803 Orte der sportlichen Betätigung und Begegnungsräume, für deren
804 Schaffung und Erhalt wir uns stark machen.

805 Wohnen bezahlbar 806 machen

807 Wohnen ist ein Menschenrecht. Wir wollen die Wohnraumversorgung
808 nicht dem Markt und damit den Profitinteressen von
809 Immobilieninvestor:innen überlassen. Die Linke Schwalm-Eder setzt sich
810 dafür ein, dass die Einwohner:innen im Kreis gemäß ihrer Bedürfnisse in
811 ihrer Wohnung oder ihrem Haus bezahlbar leben können.

812

813 Die Linke fordert, dass die Wohnbauförderungsanstalt des Schwalm-
814 Eder-Kreises finanziell so ausgestattet wird, dass sie ihren Namen auch
815 verdient. Die entsprechende Ausstattung geht gleich mehrere Probleme
816 im Kreis an. Zum einen kann die energetische Gebäudesanierung
817 hierdurch stärker gefördert werden, was dem doppelten Ziel dient, den
818 Kreis bis 2040 klimaneutral zu machen, zum anderen können die
819 Einwohner:innen hierdurch bares Geld sparen, was wiederum der
820 regionalen Wirtschaft zufließen kann.

821

822 Weiterhin kann hierdurch der barrierefreie Umbau/Neubau von
823 Wohnungen und Häusern gefördert werden, wodurch nicht nur im
824 Bereich der Inklusion Fortschritte erreicht werden können, sondern es
825 auch älteren Mitmenschen ermöglicht wird, länger in ihren Wohnungen
826 zu bleiben, was gleichzeitig die Pflegeeinrichtungen im Kreis entlastet.

827

828 Die Kommunen wollen wir dabei unterstützen, Leerstand systematisch
829 zu erfassen, um ihn ggf. nutzen zu können. So kann beispielsweise die
830 akute Unterbringung Geflüchteter und anderer benachteiligter Gruppen
831 gewährleistet werden. Das Programm zur Wiederbelebung alter
832 Ortskerne soll fortgesetzt und intensiviert werden, wodurch Leerstand
833 verringert werden kann.

834

835 Die Linke fordert die Einführung einer Pflicht zur Anbringung von
836 Photovoltaikanlagen bei Neubauten von Kreis- und Gewerbebauten.

837

838 Die Linke fordert die Gründung einer kreiseigenen
839 Wohnbaugenossenschaft. Hierdurch wird der Kreis selbst zum Vermieter
840 und kann qualitativ hochwertigen Wohnraum zu günstigeren Preisen
841 anbieten, als es auf dem freien Mietmarkt üblich ist. Dadurch wird der
842 Schwalm-Eder-Kreis ein attraktiverer Wohnort für die Menschen, die
843 sich kein Haus leisten können. Besonders für junge Familien ist Wohnen
844 ein großer Kostenfaktor, wodurch auch sie davon profitieren können.

845

846 Um Austausch und Gemeinschaft zu fördern, wollen wir
847 gemeinschaftliche Wohnmodelle und Begegnungsräume ausbauen. Dazu
848 gehört auch ein gesundes und sicheres Wohnumfeld mit geringer
849 Feinstaubbelastung, verkehrsberuhigten Straßen und bedarfsgerechten
850 barrierefreien Spielplätzen.

851

852 Die Freizeiteinrichtungen des Kreises auf Sylt, am Königssee, in Dahme
853 und das Naturzentrum Knüll stellen für die Einwohner:innen des
854 Schwalm-Eder-Kreises eine große Bereicherung und eine
855 vergleichsweise günstige Möglichkeit zur Erholung dar. Die Linke wendet
856 sich daher gegen alle Versuche, diese Einrichtungen abzuschaffen oder
857 deren Nutzung unangemessen zu verteuern. Diese qualitativ
858 hochwertigen und preisgünstigen Angebote müssen weiterhin bestehen
859 bleiben.

860

861 Klimaschutz - sozial 862 gerecht

863 Wir spüren schon jetzt die dramatische Veränderung des Klimas.
864 Starkregen, Waldbrände, Wassermangel, Dürren und Hitzesommer
865 werden Normalität. Die Art und Weise, wie wir wirtschaften und leben,
866 muss sich ändern. Die Bedürfnisse der Menschen und unser Überleben
867 auf dem Planeten müssen an erster Stelle stehen. Obwohl die Grenzen
868 des fossilen Kapitalismus erreicht sind, halten die Konzerne an ihrer
869 Wirtschaftsweise fest, um ihr Geschäftsmodell und ihre Profite zu
870 schützen. Einige wenige Großvermögende werden dadurch immer
871 reicher, indem sie andere für sich arbeiten lassen und das Klima
872 anheizen.

873

874 Das Ziel der Energiewendecharta Nordhessen, bis 2050 „weitestgehend“
875 klimaneutral werden zu wollen, reicht bei Weitem nicht aus. Die
876 Klimaneutralität des Schwalm-Eder-Kreises muss bis spätestens 2040

877 erreicht werden. Als Menschenrecht muss der Klimaschutz zur
878 Pflichtaufgabe der Kommunen werden. Dafür braucht es verbindliche
879 Handlungsziele für die CO₂-Reduktion.

880 Aktionspläne zur Klimafolgenanpassung und zum Umgang mit
881 Hitzewellen müssen erstellt werden.

882

883 Wir setzen auf dezentrale Energiegewinnung aus erneuerbaren Quellen
884 wie Solarenergie und Windkraft in der Hand von Bürger:innen, damit
885 diese auch von den Einnahmen profitieren. Dies soll durch kommunale
886 Beteiligungen oder Genossenschaften, wie z. B. der
887 BürgerEnergieGenossenschaft Wolfhagen eG , sichergestellt werden. Die
888 energetischen Potenziale solartauglicher Dachflächen müssen stärker
889 genutzt werden. Hier müssen insbesondere auch die Bauträger
890 privatwirtschaftlicher Bauvorhaben in die Pflicht genommen werden.

891

892 Wir fordern die Einrichtung lokaler Klimafonds in den Kommunen, um
893 finanzielle Mittel für die Umsetzung von Klimaprojekten vor Ort zu
894 erschließen und bereitzustellen.

895

896 Öffentliche Grünflächen müssen insektenfreundlich bewirtschaftet
897 werden, um dem seit Jahrzehnten anhaltenden Bestandsrückgang
898 entgegenzuwirken und das Gleichgewicht der Ökosysteme zu erhalten.

899 Gärten und Parkanlagen wollen wir zu Oasen der Biodiversität und
900 Artenvielfalt werden lassen. Den Rückbau bestehender Schottergärten
901 wollen wir fördern. Wir unterstützen die Anlage von Wild- und
902 Insektenschutzstreifen, Kleingärten und Fledermausquartieren.

903 Gründächer können zusätzlichen Lebensraum für Vögel und Insekten
904 schaffen. Verkehrsinseln und das verkehrsbegleitende Grün sollen so
905 gestaltet werden, dass sie als Reproduktionsstätten für Biodiversität

906 dienen können. Lichtverschmutzung wollen wir reduzieren. Dazu müssen
907 vorhandene Beleuchtungseinrichtungen auf Umfang, Intensität und
908 technische Anpassungsmöglichkeiten geprüft und Lichtschutzgebiete in
909 besonders sensiblen Bereichen, wie z. B. dem Naturpark Knüll,
910 geschaffen werden.

911

912 Wir setzen uns für Baumschutzsatzungen sowie Baumkataster in allen
913 Kommunen ein. Bei der Neupflanzung von Bäumen werden heimische
914 Sorten bevorzugt, sofern sie auch an die veränderten Bedingungen der
915 Klimaerwärmung angepasst sind. Wir befürworten eine naturnahe
916 Waldbewirtschaftung in Form von standortangepassten und
917 klimastabilen Mischwäldern, bei der der Erhalt ökologischer Leistungen
918 Vorrang vor der wirtschaftlichen Nutzung hat. Wir wollen ein
919 Holzrecycling mit einer Nutzungskaskade, in der die Verbrennung zur
920 Energiegewinnung erst am Ende steht.

921

922 Den Anteil von Waldflächen ohne Nutzung wollen wir erhöhen. So muss
923 z. B. der Hohe Keller bei Jesberg als Naturschutzgebiet ausgewiesen
924 werden, um den Artenschutz zu gewährleisten und einen Beitrag zum
925 Klimaschutz zu leisten. Den Wandertourismus wollen wir u.a. mittels
926 attraktiver und gut ausgeschilderter Wanderwege ausbauen.

927

928 Das Wassermanagement muss digitalisiert und vor allem mit Fokus auf
929 die Nutzung von Trinkwasser betrieben werden. Zum Schutz des
930 Wassers müssen Nitratreinträge sinken und die Regenwassernutzung
931 intensiviert werden. Die zweckentfremdete Nutzung von Trinkwasser
932 wollen wir beenden, Neubaugebiete mit Brauchwassernetzen planen.
933 Kläranlagen wollen wir nach dem Stand der Technik und nach
934 Möglichkeit mit einer vierten Klärstufe betreiben.

935

936 Der Wasserverband Fritzlar-Homberg sowie der Wasserverband
937 Schwalm leisten für die Einwohner:innen des Schwalm-Eder-Kreises und
938 darüber hinaus einen wichtigen Beitrag zu ihrer Lebensqualität. Um
939 diese zu verbessern, zu erhalten und um die Gemeinden auf die
940 Auswirkungen des Klimawandels vorzubereiten, soll der Kreis
941 (Wasserverband Schwalm, gemeinsam mit dem Vogelsbergkreis) mit den
942 entsprechenden Wasserbehörden zusammenarbeiten, um offene
943 Gewässer zu entlasten und zu renaturieren, ohne dass die Versorgung
944 der Menschen leidet. Davon betroffen sind auch Abwasserentsorgung
945 und Klärwerke.

946

947 Die Inanspruchnahme neuer Flächen wollen wir durch ein nachhaltiges
948 Flächenmanagement bis 2030 auf Netto-Null reduzieren. Wir fordern
949 einen sofortigen Versiegelungsstopp von ertragreichen Böden, die eine
950 hohe Klimaschutzfunktion haben. Die Ansiedlung von Logistikbetrieben
951 auf guten Ackerböden, wie in Neuental, lehnen wir daher ab. Tausende
952 Quadratmeter versiegelter Fläche durch Parkplatz-Asphaltwüsten oder
953 z. B. den geplanten Autohof in Treysa darf nicht mit dem Pflanzen
954 weniger Alibibäume abgetan werden. Solche bereits versiegelten
955 Flächen sollen rückwirkend eine PV-Überdachung erhalten.

956

957 Gute und sehr gute Ackerböden, die von Versiegelung bedroht sind,
958 sollen von der Hessischen Landgesellschaft (HLG) in einen öffentlichen
959 Bodenfond überführt werden. Diese Flächen sollen zu niedrigem
960 Pachtzins an ortsansässige Agrarbetriebe vergeben werden, die sich auf
961 eine umweltschonende und die ökologischen Leistungen der Böden
962 erhaltende Landwirtschaft verpflichten.

963

964 **Müllvermeidung und -entsorgung**

965 Müllvermeidung und Kreislaufwirtschaft sind entscheidende
966 Zukunftsthemen für die kommunale Verwaltung um die Bürger:innen bei
967 der Abfallvermeidung mitzunehmen, steht den Kommunen eine große
968 Bandbreite an politischen Instrumenten zur Verfügung. Denkbar wären
969 ökonomische Anreize wie z. B. gewichtsbezogenen Abfallgebühren,
970 Schulungen oder Angebote wie Repair-Cafés oder Unverpacktläden, die
971 zudem durch Räumlichkeiten, Leihmaterialien oder Finanzierungsmittel
972 unterstützt werden können. Zudem sollten Mehrwegsysteme in den
973 Kommunen verpflichtend eingeführt werden.

974

975 Kommunen sind dazu verpflichtet, bei der öffentlichen Beschaffung und
976 Bauvorhaben auf eine rohstoffschonende, energie- und wassersparsame
977 sowie schadstoff- und abfallarme Herstellung, Langlebigkeit,
978 Reparaturfreundlichkeit, Wiederverwendbarkeit und
979 Wiederverwertbarkeit zu achten. Dennoch werden in diesen Bereichen
980 bislang vergleichsweise wenige Maßnahmen umgesetzt. Die bereits
981 vorhandenen Leitfäden zur nachhaltigen Beschaffung und zum
982 nachhaltigen Bauen sollten konsequent auch das Thema
983 Abfallvermeidung aufgreifen. Langfristig sollte untersucht werden, ob für
984 die Bürger:innen des Schwalm-Eder-Kreises eine kommunale
985 Abfallentsorgung nicht preiswerter und zuverlässiger ist.

986

987 **Abrüstung ist Klimaschutz**

988 Die Bundeswehr verursachte nach Regierungsangaben im Jahr 2018
989 Emissionen in Höhe von 1,7 Millionen Tonnen CO₂. Täglich – und in letzter
990 Zeit auch nachts – starten Tiger Hubschrauber aus Fritzlar zu ihren
991 donnernd lauten Übungsflügen, stören unsere Nachtruhe und erzeugen

992 pro Stunde ca. 8 Tonnen CO₂ (Ein normaler Mensch produziert ca. 11
993 Tonnen CO₂ pro Jahr).

994

995 294.000 Hektar werden in Deutschland von der Bundeswehr als
996 Übungsplätze genutzt – eine Fläche größer als das Saarland. Über die
997 Belastung dieser Gebiete und Folgeschäden gibt es bislang keine
998 umfangreichen Erhebungen. Im Krieg zählt nur der Sieg. Jeder mögliche
999 taktische Vorteil wird einer zynischen Kosten-Nutzen-Rechnung
1000 unterworfen, bei der Ökologie quasi keine Rolle spielt. Aber auch im
1001 Frieden verfügt die Bundeswehr über Zerstörungsmittel, die heute schon
1002 entwickelt, produziert, getestet, gelagert, gewartet und transportiert
1003 werden.

1004

1005 Eine enorme und völlig sinnfreie Belastung für unsere Umwelt.
1006 Umfangreiche Abrüstung würde einen großen Beitrag für den
1007 Umweltschutz leisten, und das nicht erst im Kriegsfall.

1008 **Tierschutz**

1009 Zirkusgastspiele mit Tieren wollen wir nicht mehr genehmigen. Die
1010 Kontrollen durch das Veterinäramt müssen ausgebaut werden. Die
1011 Hundesteuer wollen wir sozial staffeln. Tierheime müssen eine
1012 Übernahme ihrer realen Kosten erhalten. Wildtierkorridore und
1013 Wildwechselbrücken wollen wir ausbauen. Vogelschlag muss mit
1014 geeigneten Maßnahmen reduziert werden.

1015

1016 Die von SPD und CDU forcierte Ansiedlung des Geflügelschlachtbetriebs
1017 Plukon in Gudensberg verursacht weiterhin gewaltiges Tierleid,
1018 Umweltschäden, Keimbelastungen und ausbeuterische
1019 Arbeitsbedingungen. Wir lehnen Ansiedlungen und

1020 Erweiterungsgenehmigungen von großen Mastanlagen und
1021 Schlachtfabriken ab.
1022
1023 Den privaten Gebrauch von Pyrotechnik zu Silvester wollen wir
1024 einschränken. Feuerwerke sollen von den Kommunen veranstaltet
1025 werden, um fachgerechte Handhabung zu gewährleisten und Unfälle
1026 sowie Tierleid zu reduzieren.

1027 Mobilitätswende: Bus 1028 und Bahn ausbauen

1029 Wir wollen im Schwalm-Eder-Kreis einen ÖPNV schaffen, der alle
1030 Menschen verbindet, umweltfreundlich ist und sozial gerecht gestaltet
1031 wird. Unser Ziel ist es, den öffentlichen Nahverkehr so auszubauen, dass
1032 er für alle Bürger:innen eine echte Alternative zum Auto darstellt.
1033 Wir setzen uns für einen flächendeckenden, zuverlässigen und gut
1034 getakteten öffentlichen Nahverkehr ein. Das bedeutet mehr
1035 Verbindungen, kürzere Taktzeiten und eine bessere Erreichbarkeit
1036 gerade in unseren ländlichen Gebieten.
1037 Wir setzen uns für die Reaktivierung der sogenannten „Kanonenbahn“
1038 zwischen Homberg (Efze) und Schwalmstadt-Treysa mit Halten in
1039 Sondheim, Wernswig, Frielendorf-Silbersee, Frielendorf, Leimfeld,
1040 Rörshain und Ziegenhain ein. Dazu gehört auch die Elektrifizierung mit
1041 Durchbindung nach Frankfurt. Dafür muss als nächster Schritt eine
1042 Kostenschätzung vorgenommen werden.
1043
1044 Der ÖPNV soll für alle bezahlbar sein. Wir fordern für den Anfang
1045 günstige, sozial gestaffelte Ticketpreise, um Mobilität für Menschen mit

1046 geringem Einkommen, Rentner:innen sowie Jugendliche zu sichern.

1047 Dabei soll es sowohl für Gelegenheitsfahrgäste als auch für Vielnutzer
1048 attraktive Preisangebote geben. Langfristig muss der ÖPNV kostenlos
1049 werden.

1050

1051 Der öffentliche Nahverkehr muss auch für alle zugänglich sein. Wir
1052 wollen barrierefreie Haltestellen, Fahrzeuge und Informationen, damit
1053 Menschen mit Behinderungen oder Mobilitätseinschränkungen
1054 problemlos teilnehmen können. Das bedeutet bei Bus- und
1055 Bahnstationen u.a. barrierefreie Einstiegshöhen. Auch Fußwege müssen
1056 ausreichend breit und barrierefrei sein.

1057

1058 Der Ausbau des ÖPNV soll umweltfreundlich erfolgen. Wir setzen auf
1059 den Einsatz von emissionsfreien Fahrzeugen wie Elektrobussen.

1060

1061 Der Schwalm-Eder-Kreis ist durch seine zentrale Lage und
1062 landschaftliche Vielfalt ein attraktives Ziel für Radreisende – ob auf
1063 hessischen Radfernwegen, dem Schwalm-Radweg oder dem
1064 Bahnradweg Rotkäppchenland. Dieses Radwegenetz wollen wir
1065 alltagstauglich auch zwischen einzelnen Dörfern ausbauen. Dazu
1066 begrüßen wir den geplanten Radweg zwischen Felsberg und Melsungen
1067 sowie zwischen Körle und Guxhagen und wollen daran mitwirken, dass
1068 neue und bestehende Radwege baulich von Straßen getrennt werden.
1069 Ein baulich getrennter Radweg zwischen abgeschiedenen Dörfern
1070 fördert nicht nur die Verkehrssicherheit, sondern auch die Mobilität,
1071 Selbstbestimmtheit und Gesundheit aller Bürger:innen ob zu Fuß, mit
1072 dem Kinderwagen oder dem Fahrrad.

1073

1074 Im Straßenverkehr setzen wir uns für Geschwindigkeitsbegrenzungen,
1075 insbesondere in Wohngebieten und an sensiblen Einrichtungen wie
1076 Altenheimen und Kitas, ein. Neue Straßenbauprojekte sowie
1077 Straßenausbaubeiträge lehnen wir ab. Den Ausbau öffentlicher
1078 Schnellladestationen für Elektroautos wollen wir fördern.
1079 Wir befürworten eine Zusammenarbeit mit den Initiativen vor Ort, um
1080 Lärmschutzmaßnahmen an der A49, z.B. in Grifte, Holzhausen und
1081 Gensungen, umzusetzen.

1082

1083 Unser Ziel ist ein Schwalm-Eder-Kreis, in dem der öffentliche
1084 Nahverkehr eine echte Alternative zum Auto ist. Wir wollen, dass alle
1085 Menschen unabhängig von Alter, Einkommen oder Wohnort mobil sind
1086 und am gesellschaftlichen Leben teilhaben können.

1087 Agrarwende

1088 Die Preise für Nahrungsmittel explodieren. Viele Menschen wollen sich
1089 gesund und mit gutem Gewissen ernähren, können es sich aber nicht
1090 leisten. Die Linke kämpft für eine ökologisch nachhaltige Landwirtschaft,
1091 die nicht große Konzerne in den Mittelpunkt stellt, sondern die
1092 Versorgung der Menschen mit guten Lebensmitteln. Landwirtschaft, die
1093 das Klima und die Natur schont und mit dem Tierschutz vereinbar ist.
1094 Und dafür, dass die Menschen, die in der Landwirtschaft arbeiten, davon
1095 gut leben können und faire Arbeitsbedingungen haben.

1096

1097 Wir wollen nicht große Konzerne weiter in den Mittelpunkt der
1098 Agrarpolitik stellen, sondern die Versorgung der Menschen mit guten,
1099 bezahlbaren Lebensmitteln. Während die Lebensmittelkonzerne

1100 Extraprofite einstreichen und die Inflation anheizen, können
1101 Landwirt:innen von ihren Erzeugnissen kaum leben.
1102
1103 Massentierhaltung, übermäßiger CO₂-Ausstoß, ressourcenintensive
1104 Veredelungsverluste und systematische Tierquälerei sind untrennbar mit
1105 einer tierzentrierten Landwirtschaft verbunden. Die Linke steht für einen
1106 grundlegenden Wandel des Zusammenlebens von Menschen und Tieren.
1107 Wir wollen Tiere nicht als „Sache“ verstanden wissen und nicht als Mittel
1108 zu Profit. Für eine klimagerechte Lebensmittelproduktion unterstützen
1109 wir Bauern beim Umbau ihrer Haltungs- und Zuchtmethoden. Ein
1110 Ausstiegsprogramm aus der Tierhaltung soll Landwirt:innen machbare,
1111 gute Alternativen anbieten.
1112
1113 Biogasanlagen bieten eine sinnvolle Möglichkeit, aus
1114 landwirtschaftlichen Reststoffen Strom und Wärme zu gewinnen. In der
1115 Praxis wird jedoch häufig eigens dafür der Anbau von Energiepflanzen
1116 wie Mais betrieben – ein problematischer Trend, insbesondere
1117 angesichts steigender Lebensmittelpreise. Die Nutzung wertvoller
1118 Ackerflächen für Energie und Tierfutter statt pflanzlicher Nahrungsmittel
1119 stellt eine ineffiziente Ressourcenverwendung dar. Daher sollte bei der
1120 Verpachtung kommunaler Flächen der Anbau von hochwertigen
1121 Nahrungspflanzen für den Menschen grundsätzlich Vorrang vor
1122 Energiepflanzen oder Futtermittelpflanzen erhalten.
1123 Wir wollen deshalb den Übergang zu nachhaltigen Anbaumethoden
1124 unterstützen. Darunter fällt die Förderung der Ansiedlung von Bio-
1125 Betrieben und der Ausbau ökologischer Landwirtschaft, um die Umwelt
1126 zu schützen und die Artenvielfalt zu bewahren. Bei der Vergabe
1127 landwirtschaftlicher Flächen und dem Abschluss von Pachtverträgen
1128 sollen kleinere lokale Landwirt:innen gegenüber überregionalen

1129 Agrarunternehmen bevorzugt werden. Darüber hinaus soll die
1130 beabsichtigte Bewirtschaftungsart der Fläche erfasst werden, um
1131 gezielt ökologische und möglichst pflanzenbasierte Landwirtschaft zu
1132 fördern.

1133

1134 Die Versiegelung guter und sehr guter Ackerböden durch neue
1135 Bauprojekte lehnen wir ab. Ackerland gehört in Bauernhand.

1136

1137 Um die Artenvielfalt zu erhalten, fordern wir die Einrichtung von Wild-
1138 und Insektenschutzstreifen entlang landwirtschaftlicher Flächen. Diese
1139 Streifen bieten Lebensraum für Insekten, Vögel und andere Wildtiere und
1140 sind essenziell für den Erhalt unserer Biodiversität.

1142 Wir setzen uns für den Ausbau regionaler Vermarktungsketten ein. Kurze
1143 Wege zwischen Erzeuger:innen und Verbraucher:innen müssen
1144 gefördert werden, um die lokale Wirtschaft zu stärken und die Frische
1145 sowie Qualität der Produkte zu sichern. Wir unterstützen den Ausbau
1146 von Projekten der solidarischen Landwirtschaft (SoLaWi).

1147 Gerechte

1148 Bildungschancen – für
1149 alle Menschen

1150 Bildung ist der Schlüssel für eine gerechte Gesellschaft. Wir setzen uns
1151 dafür ein, dass alle Kinder, Jugendlichen und Erwachsenen gleiche
1152 Chancen auf eine qualitativ hochwertige und wohnortnahe Bildung
1153 haben – unabhängig von Herkunft, sozialem Status oder finanziellen

1154 Mitteln. Wir setzen uns für kostenfreies Schüler:innenticket, unabhängig
1155 vom Wohnort und der Entfernung zur Schule ein. Gebühren für Kitas
1156 wollen wir abschaffen, das Angebot für Ganztagesbetreuung aller
1157 Altersstufen soll ausgebaut werden.

1158

1159 Frühe Förderung ist die Basis für lebenslanges Lernen. Wir wollen
1160 Kitaplätze in ausreichender Zahl, um dem gesetzlichen Anspruch auf
1161 einen Kitaplatz gerecht zu werden in gut ausgestatteten Einrichtungen
1162 und mit qualifiziertem, gut entlohnem und nach Tarif bezahltem
1163 Personal, um die Entwicklung unserer Kinder bestmöglich zu
1164 unterstützen.

1165

1166 Schulen sollten mit moderner Technik und vollständig kostenfreien
1167 Lernmaterialien ausgestattet sein. Musikschulen wollen wir erhalten und
1168 fördern. Das Essen in allen Bildungseinrichtungen muss ausgewogen,
1169 ökologisch nachhaltig und kostenfrei sein und sollte von regionalen
1170 Anbietern kommen. Zusätzlich muss jedem Kind auf Wunsch eine
1171 vollwertige vegane Ernährung zur Verfügung stehen. Der „Pakt für den
1172 Ganzttag“ muss auskömmlich finanziert werden.

1173

1174 Jede/r Schüler:in soll individuell gefördert werden. Wir wollen inklusive
1175 Schulen, die Vielfalt anerkennen und Barrieren abbauen. D.h. auch
1176 bauliche Hindernisse müssen beseitigt werden.

1177

1178 Schüler:innen, Eltern und Lehrkräfte müssen bei Entscheidungen im
1179 Bildungsbereich stärker beteiligt werden, z. B. beim Erstellen des
1180 Schulentwicklungsplans. Ihre Stimmen sind uns wichtig.

1181 Weiterbildungsmöglichkeiten für Erwachsene müssen ausgebaut
1182 werden. Bildung endet nicht mit der Schulzeit und muss bezahlbar sein.

1183 D.h. eine auskömmliche Finanzierung der Volkshochschulen ist
1184 unerlässlich.

1185 Digitalisierung, die den 1186 Menschen dient

1187 Der Schwalm-Eder-Kreis ist der zweitgrößte Landkreis in Hessen und
1188 hat gleichzeitig die zweitgeringste Bevölkerungsdichte. Durch diese
1189 Feststellung zeigt sich das Digitalisierungspotential für die
1190 Einwohner:innen des Schwalm-Eder-Kreises.

1191

1192 Die Kommunen des Kreises sollten sich die Stadt Baunatal zum Vorbild
1193 nehmen und kostenfreie W-LAN Hotspots installieren. Hierbei soll der
1194 Kreis unterstützend wirken, beispielsweise durch den gebündelten Kauf
1195 der Hardware.

1196

1197 Die digitalen Behördengänge bieten bei den großen Entfernungen im
1198 Schwalm-Eder-Kreis neben ökologischen Vorteilen eine echte
1199 Entlastung der Einwohner:innen. Dafür ist es notwendig, dass der
1200 Ausbau auch tatsächlich flächendeckend erfolgt. Die App des Kreises
1201 muss benutzerfreundlicher und barrierefrei gestaltet und
1202 weiterentwickelt werden.

1203

1204 Beim Breitbandausbau muss sich der Kreis einschalten und
1205 Unterstützung in rechtlichen Belangen leisten, wenn sich Probleme
1206 anbahnen, um etwaige Vorfälle wie mit dem Unternehmen Goetel, bei
1207 dem die Einwohner:innen der verschiedensten Gemeinden beeinträchtigt
1208 wurden und werden.

Eine friedliche Welt ist möglich

1212 Frieden beginnt vor Ort. Und: Nicht erst Krieg gefährdet unsere Städte
1213 und Kommunen, sondern bereits die ungeheure Aufrüstung. Die Militär-
1214 und Rüstungsausgaben sollen im Bundeshaushalt auf 5 Prozent des
1215 Bruttoinlandsprodukts steigen; das ist fast jeder zweite Euro des
1216 Bundeshaushalts.

1218 Mit dem Anschaffungspreis für einen „Tiger“ Kampfhubschrauber des
1219 Fritzlarer Regiments könnten die gesamten kommunalen Personalkosten
1220 des Schwalm-Eder-Kreises für mehr als ein Jahr gedeckt werden¹. Das
1221 in Aufrüstung verpulverte Geld fehlt vor Ort etwa bei Investitionen in
1222 Bildung, Arbeit und Infrastruktur. Statt für Rüstung und Krieg werden die
1223 Mittel für den Nahverkehr, für Sozialleistungen und für den
1224 sozialökologischen Umbau der Wirtschaft dringend benötigt. Das kann
1225 nicht auf kommunaler Ebene entschieden werden, aber dennoch gibt es
1226 vor Ort Maßnahmen, um für Frieden zu werben.

1228 Als antimilitaristische Partei setzen wir auf Aufklärung,
1229 Völkerverständigung und Menschlichkeit. Wir wollen, dass unsere
1230 Kommunen dem Verband "Bürgermeister für Frieden" beitreten und
1231 internationale Städte- und Projektpartnerschaften pflegen. Dies betrifft
1232 auch kommunale Entwicklungszusammenarbeit mit Städten und
1233 Regionen, die von Kriegen und Klimafolgen betroffen sind.

1234 Die Traditionen der Arbeiter:innenbewegung, sowie humanistische und
1235 antifaschistische Traditionen, wie z. B. der Tag der Befreiung, wollen wir
1236 pflegen. Straßen, die an Militaristen oder Kolonialismus erinnern, müssen
1237 umbenannt werden.

1238

1239 Betrieben, die Rüstungsgüter herstellen oder Zulieferer für
1240 Rüstungsbetriebe sind, wollen wir keine Gewerbeflächen bereitstellen.

1241 Wir wollen keine Flächen und Standplätze für die Werbung der
1242 Bundeswehr in Städten und Gemeinden und keinen Zugang der
1243 Bundeswehr zu Schulen und Ausbildungsmessen zu Werbe- und
1244 Marketingzwecken.

1245 Friedensbewegte Demonstrationen wie vom „Bündnis friedlicher
1246 Hessentag“ beim Hessentag in Fritzlar werden von uns unterstützt.

1247 Organisationen, die sich gegen Krieg, Genozid und Vertreibung
1248 einsetzen, werden wir gegen den militaristischen Diskurs und die
1249 Angriffe durch andere Parteien auch weiterhin in Schutz nehmen.

¹Kosten „Tiger“: 67 Millionen Euro (2022). Ansatz Personalaufwendungen Schwalm-Eder-Kreis 2025: 64,85 Millionen Euro

www.die-linke-schwalm-eder.de



Die Linke Schwalm-Eder
Steingasse 5, 34613 Schwalmstadt
Telefon: 06691/8077899
E-Mail: info@die-linke-schwalm-eder.de
V.i.S.d.P.: Jürgen Bachmann, Kreisvorsitzender